

Beschluss des Waller Stadtteilbeirates

Antrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Straße „An der Reeperbahn“ durch Unterbinden von Parken auf der Straße zwischen den Parkbuchten

Der Beirat Walle hat anlässlich seiner FA-Sitzung „Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit“ am 03.04.2025 einstimmig beschlossen, die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung bzw. das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aufzufordern, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Straße „An der Reeperbahn“ Maßnahmen zur Unterbindung von Parken auf der Straße zwischen den Parkbuchten vorzunehmen.

Der Beirat schlägt eine ergänzende Beschilderung mit dem VZ 1053-52 „nur innerhalb gekennzeichnete Parkflächen“ vor bzw. bittet das ASV, die aus ihrer Sicht sinnvollste Maßnahme zum Erreichen eines Verbotes des Parkens auf der Straße zwischen den Parkbuchten zeitnah zu veranlassen.

Begründung:

Die Straße „An der Reeperbahn“ wird durch Verkehre aus motorisiertem Individualverkehr und Fahrradfahrern in beide Fahrtrichtungen stark frequentiert. Die seit einiger Zeit bestehende Durchfahrtssperrung der parallel verlaufenden Straße „Am Kaffee-Quartier“ hat das Verkehrsaufkommen in der Straße „An der Reeperbahn“ noch zusätzlich erhöht.

Das Parken auf der Straße zwischen den Parkbuchten sorgt „An der Reeperbahn“ dafür, dass der vorhandene Straßenraum unnötig eingeengt wird. Für Fahrzeuge in den Parkbuchten reduziert sich die Einsicht in den laufenden Verkehr massiv. Durch diese unübersichtliche Verkehrssituation ergibt sich im Besonderen eine Gefährdung von Fahrradfahrern.

Einstimmig beschlossen anlässlich der Fachausschusssitzung „Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit“ am 03.04.2025

Beschluss des Waller Stadtteilbeirates

Antrag zur Klärung der Verkehrssituation an der Simone-Veil-Straße

Der Beirat Walle hat anlässlich seiner FA-Sitzung „Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit“ am 03.04.2025 einstimmig beschlossen, die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung bzw. das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aufzufordern, durch folgende Maßnahmen eine Klärung der Verkehrssituation an der Simone-Veil-Straße zu erwirken:

- Änderung des Status der Simone-Veil-Straße von einem „gemeinsamen Geh- und Radweg“ Verkehrszeichen (VZ) 240 zu einer „Fußgängerzone“ inkl. Ergänzung „Rad frei“ mit entsprechender Kennzeichnung VZ 242 und VZ 1022-10
- Abgrenzung der Simone-Veil-Straße zur Konsul-Smidt-Straße durch Setzen eines Pollers

Begründung:

Das alleinstehende VZ 240 scheint sich, bei oberflächlicher Betrachtung, auf die gepflasterte Fläche vor dem Gebäude Simone-Veil-Str. 1-11 zu beziehen. Diese Fläche gehört jedoch zu dem privaten Gebäudekomplex und eine Nutzung durch Fahrräder ist aufgrund vorhandenen Treppenstufen nicht möglich.

Der eigentliche Geh- und Radweg daneben wird von vielen Verkehrsteilnehmer:innen fälschlicherweise als eine für den KFZ-Verkehr freigegebene Straße wahrgenommen. Dies führt zu vermehrtem Falschparken auf der Privatfläche sowie zu einem regelmäßigen unerlaubten Befahren des Geh- und Radweges und der Buffkaje („Fußgängerzone“ mit „Rad frei“) durch Kraftfahrzeuge.

Weiterhin dient die Simone-Veil-Straße als Feuerwehrezufahrt und ist als solche beschildert. Die momentane Fehlnutzung als Parkfläche erschwer bzw. verhindert ggf. die Erreichbarkeit der Buffkaje durch Rettungskräfte.

In der Begründung zum Bebauungsplan 2455 A ist die Gestaltung dieses Bereiches als Verbindung für den Fuß- und Radverkehr nachvollziehbar dokumentiert. Um Fehlnutzungen zu reduzieren und die Erreichbarkeit der Buffkaje für Rettungsfahrzeuge gewährleisten zu können, ist eine Klärung der Verkehrssituation nötig.

Der Beirat Walle bevorzugt hierfür, dass die Simone-Veil-Straße als Zubringer zur Buffkaje denselben Status, also „Fußgängerzone“ mit „Rad frei“ erhält und dieses durch das Setzen eines Pollers ergänzt wird.

Einstimmig beschlossen anlässlich der Fachausschusssitzung „Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit“ am 03.04.2025



FA Überseestadt, Wirtschaft, Arbeit

Antrag: Auskunftersuchen zur Datengrundlage und Bewertung der Stellplatzsituation im Europaquartier und im Bereich Überseetor

Der Beirat bzw. der Fachausschuss „Überseestadt, Wirtschaft, Arbeit“ möge beschließen:

Der Bebauungsplan 165 „Hansekogge“ unterstellt dem Bereich Europaquartier eine angespannte Parkplatzsituation, weshalb weit mehr Stellplätze eingerichtet werden als nach Mobilitäts- und Bauordnungsrecht (MobBauOG) vorgesehen. Um die Beschlussgründe der beteiligten Behörden nachvollziehen zu können, erbittet der Beirat eine ausführlichere Erläuterung zur aktuellen Einschätzung der Parkplatzsituation. Dabei soll dargelegt werden, welche Daten und Fakten diese Einschätzung stützen und welche weiteren Ableitungen für politisches Handeln daraus resultieren.

Darüber hinaus bittet der Beirat um eine Darstellung der bisherigen Maßnahmen und Anordnungen zur Parkplatzsituation – sofern vorhanden – sowie um eine Erläuterung geplanter weiterer Maßnahmen.“

Begründung:

Die Nutzung von illegalen Parkmöglichkeiten in der Überseestadt (z.B in der Fußgängerzone, in Feuerwehreinfahrten, auf nicht als Parkfläche ausgewiesenen Bereichen in einer Spielstraße) wird häufig von Anwohnenden geschildert und ist im Alltag im betroffenen Quartier beobachtbar. Gleichzeitig zeigt sich, dass viele legale, aber kostenpflichtige Parkmöglichkeiten (z. B. die Hochgarage an der Marcuskaje oder die Tiefgaragen im Bereich „Hinter der Kranbahn“) nur teilweise ausgelastet sind.

Die im Bebauungsplan getroffene Entscheidung hat, insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung der PKW-Dichte pro 1.000 Einwohner*innen (siehe Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“), erhebliche Auswirkungen auf die Quartiersentwicklung. Um die richtigen Maßnahmen ableiten zu können, muss zunächst festgestellt werden, ob tatsächlich – wie in dem Bebauungsplan 165 „Hansekogge“ unterstellt - eine angespannte Parkplatzsituation besteht, oder ob im Gegensatz dazu viel mehr die mangelnde Nutzung vorhandener legaler Parkmöglichkeiten das zugrundeliegende Problem ist. Daher sollten die der Annahme einer „angespannten Parkplatzsituation“ zugrunde liegenden Daten den Beiratsmitgliedern sowie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bremen, 25.03.2025

Maike-Sophie Mittelstädt

für Bündnis 90 / Die Grünen im Beirat Walle